

Oberkotzau

# Unternehmer schießt gegen Reiches Solar-Pläne

[Patrick Gödde](#) • 12.03.2026 - 12:57 Uhr

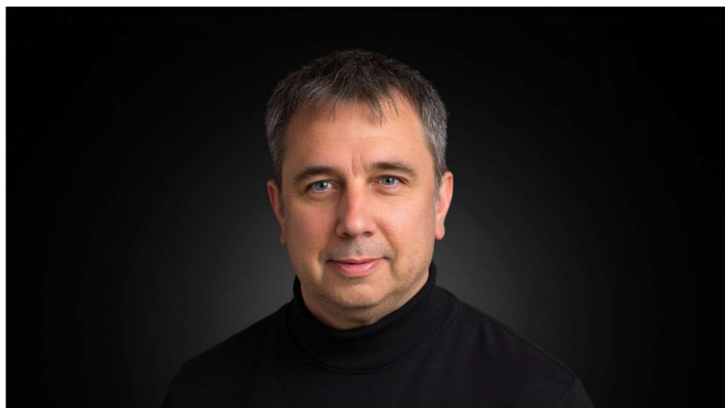
**Matthias Gemeinhardt installiert Heizungen und PV-Anlagen. Er kritisiert die Pläne der Wirtschaftsministerin – obwohl er in Krisen profitiert. Wie passt das zusammen?**

„Mir könnte es ja eigentlich egal sein.“ Das sagt Matthias Gemeinhardt, Unternehmer aus Oberkotzau, der seinen Lebensunterhalt damit bestreitet, wie die Menschen heizen und sich mit Strom versorgen. Er bezeichnet sich auch als Profiteur. Denn mit Krisenzeiten kämen die Leute ins Überlegen. Und das kurbelt gerade sein Geschäft an. Das war schon mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs so. Und jetzt wieder. Aber egal ist es ihm gerade nicht. „Es ist eben unfair.“

## Ein paar Cent pro Kilowatt

Was er meint: die aktuelle Debatte rund um die Förderung für private Photovoltaikanlagen. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) hatte kürzlich mit dem Vorstoß für Aufsehen gesorgt, die Förderung für Solarstrom einzustellen oder zu beschneiden. Konkret ging es um die Einspeisevergütung.

Aktuell bekommen Betreiber von Photovoltaikanlagen Geld pro ins Netz eingespeiste Kilowattstunde. Im Alltag heißt das: Was man selbst an Strom von seiner PV-Anlage nicht braucht, geht ins Netz. Und die Privatfrau oder der Privatmann bekommt dafür ein paar Cent. Das könnte bald Geschichte sein, wenn der Referentenentwurf aus dem Wirtschaftsministerium zum Gesetz werden sollte. Als überflüssig bezeichnete Ministerin Reiche die Einspeisevergütung. Die Anlagen ließen sich auch ohne wirtschaftlich betreiben.



Für den Oberkotzauer Unternehmer Gemeinhardt ein Vorschlag zur Unzeit. Denn nie sei es drängender gewesen, sich von den fossilen Energieträgern unabhängig zu machen.

„Die Straße von Hormus ist dicht, die Iraner verminen das Meer. Da ist das Streichen der Förderung in der Außenwirkung das Dümme, was man machen kann“, sagt Gemeinhardt.

### **Größtenteils Eigenbedarf**

Aus seiner Sicht muss man die derzeitige Diskussion um das Ende der Einspeisevergütung differenziert betrachten. Zum einen: „Wie sehr betrifft das am Ende den Verbraucher wirklich?“ Da gehe es am Ende gar nicht um die großen Beträge.

100 bis 150 Euro pro Jahr, diese Summen nennt der Unternehmer, könnten die Betreiber von PV-Dachanlagen weniger bekommen. „90 bis 95 Prozent des produzierten Stroms fließen ohnehin in den Eigenbedarf. Die Leute haben Wärmepumpen oder auch ein Elektroauto“, erklärt Matthias Gemeinhardt. Damit sinken auch die Einnahmen aus der Einspeisevergütung.

### **„Bürokratie-Wahnsinn“**

Statt eine Pauschale für den ins öffentliche Netz eingespeisten Sonnenstrom zu bekommen, sollen sich – so die Idee aus dem Wirtschaftsministerium – deren Erzeuger selbst um die Vermarktung kümmern.

„Den Bürokratie-Wahnsinn macht doch keiner mit“, sagt Gemeinhardt. Diesen Aufwand für derlei geringe Beträge zu betreiben, das lohne sich nur für große Stromerzeuger, die Megawatt anzubieten haben.

### **Das Signal dahinter**

Viel mehr als die direkten Folgen aus einer solchen Neuregelung bringt den Handwerker aus Oberkotzau aber die Signalwirkung auf die Palme.

„Der Staat streicht die Solar-Förderung – das ist das, was bei den Menschen hängenbleibt“, sagt Gemeinhardt. Und derlei verkürzte Meldungen sorgten für Verunsicherung, sich dem nicht unkomplizierten Thema anzunähern – und etwa Kontakt zum örtlichen Unternehmer aufzunehmen, um sich beraten zu lassen.

„Das haben wir damals schon gesehen, als es um Biomasse und Pellets ging und es hieß, die lohnten sich nicht mehr.“

Dabei sei genau das derzeit das Gebot der Stunde: Energie-Autarkie. Um sich abzukoppeln von den Fossilen, von den unsicheren Lieferanten aus dem Nahen Osten, und damit der Preisexplosion bei Öl und Gas. Deren Ende ist nicht abzusehen. Matthias Gemeinhardt spricht von einem Armutszeugnis seitens der Wirtschaftsministerin, dieses Signal zu senden. „Dabei waren wir gerade auf dem richtigen Weg, es gab endlich einen Fahrplan hin zur Dezentralisierung der Energieversorgung“, sagt Matthias Gemeinhardt. Den Satz sagt er auch im Hinblick auf das nur einen Wimpernschlag vor Beginn des Iran-Kriegs gekippte „Heizungsgesetz“, das eigentlich Gebäudeenergiegesetz heißt. Mit der neuen Fassung setzt die Regierung wieder verstärkt auf Öl und Gas.

## **Fairness vor Profit?**

Kritiker befürchten, dass Heizen und Strom dafür gerade für Mieter kaum noch bezahlbar wird, weil die Preise in naher Zukunft in astronomische Höhen schnellen – zumal die deutschen Gasspeicher schon diesen Winter beinahe zur Neige gingen und nun für teures Geld in kurzer Zeit aufgefüllt werden müssen. Zu diesen Kritikern gehört auch Matthias Gemeinhardt. „Ich meine, mir kann es egal sein. Ich baue auch einen Heizkessel für eine Ölheizung ein. Aber es ist einfach unfair“, sagt er. Es gehöre zu einer fairen Beratung dazu, dem Kunden auch die Folgen seines Handelns aufzuzeigen. Er befürchte, dass das geänderte Gebäudeenergiegesetz dazu führt, dass Vermieter weiter alte Technik verbauen, weil sie für die Energiekosten ja nicht aufkommen müssen. „Und die Mieter sind gefangen“, sagt Gemeinhardt. Eigenheimbesitzer, die sich Wärmepumpe und Photovoltaik leisten können, seien da fein raus.